

Kein Zwang bei Sterbehilfe

Der Grosse Rat lehnt es ab, Spitäler und Heime zum Zulassen der assistierten Sterbehilfe in eigenen Räumen zu verpflichten.

Hans Suter

Zwang statt Freiwilligkeit: Alle Pflegeheime, Spitäler und ähnliche Einrichtungen, die durch öffentliche Mittel unterstützt werden, müssen die assistierte Sterbehilfe in ihren Räumen künftig zuzulassen. Das verlangte eine parlamentarische Initiative von Bruno Lüscher (FDP, Aadorf) und sechs weiteren Erstunterzeichnenden aus den Fraktionen von SP, FDP, SVP, Grünen, Mitte/EVP und GLP.

Doch die Mehrheit des Thurgauer Grossen Rates ist trotzdem anderer Ansicht und gewährt die vorläufige Unterstützung nicht. Damit ist das Geschäft zwar vom Tisch. Nicht aber das Thema, wie die grosse Zahl von 21 – teils emotionalen – Voten zeigen.

Kirchen und Heime lehnen Zwangsverpflichtung ab

Anfänglich sah es vielversprechend aus für die Initianten. Die parlamentarische Initiative wurde beim Einreichen von 73 Ratsmitgliedern unterstützt: von sieben Erstunterzeichnenden und 66 Mitunterzeichnenden. Das bedeutet eine Mehrheit im 130-köpfigen Thurgauer Kantonsparlament. Dass sich eine solche schnell in eine Minderheit verwandeln kann, ist im Grossen Rat nicht ungewöhnlich. Aber zuweilen schmerzhaft. Anzeichen gab es einige. Im Vorfeld der Debatte hatten



«Erfreulich ist, dass organisierte Sterbehilfe kein Tabuthema mehr ist»: FDP-Kantonsrat Bruno Lüscher.

Bild: Andrea Tina Stalder

sich bereits der Branchenverband der Dienstleister für Menschen im Alter Curaviva, die Spital Thurgau AG sowie die beiden Landeskirchen gegen eine Verpflichtung ausgesprochen und auf Beibehaltung der Freiwilligkeit plädiert. Auch der Regie-

rungsrat empfahl in seiner Stellungnahme, den Vorstoss nicht zu unterstützen.

Die schärfste Waffe nicht mit Bedacht gezückt

«Ich bin mir bewusst, dass das, was wir hier diskutieren, ethisch

und moralisch nicht einfach ist», sagt Erstunterzeichner Bruno Lüscher. Für ihn wiegt das Verlassen der gewohnten Umgebung zum Sterben aber viel schwerer als die Belastung für die Institutionen durch den Zwang, in ihren Räumen die as-

sistierte Sterbehilfe zulassen zu müssen. «Eine Institution muss immer freiwillig wählen dürfen», entgegnet Marcel Wittwer (EDU, Schocherswil). In den Augen der EDU-Fraktion würde mit dem Zwang eine rote Linie überschritten. Ablehnend äus-

sert sich auch Elisabeth Rickenbach (EVP, Thundorf) im Namen der Mitte/EVP-Fraktion: Mit den heute geltenden Regeln sei es allen möglich, begleitete Sterbehilfe in Anspruch zu nehmen. «Der aktuelle Vorstoss geht zu weit», sagt Jürg Wiesli (SVP, Dozwil). Umgekehrt sieht man es bei den Grünen. Das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen gehe jenem der Institution vor, sagt Isabelle Vonlanthen-Specker (Grüne, Bichelsee). «Das lässt sich gesetzlich nicht erzwingen», erwidert Marina Bruggmann (SP, Salmsach). Für die FDP-Fraktion ist klar: «Wir müssen dem Pflegepersonal Sorge tragen», sagt Martina Pfiffner Müller, Gachnang. Dennoch sei es notwendig, sich der Sterbehilfe nicht zu verschliessen. Sie plädiert auf «möglichst wenige Hürden, wenn man aus dem Leben scheiden möchte».

Es folgt ein Dutzend weiterer, teil emotionaler Voten. Dann spricht Regierungspräsident Urs Martin und es wird ruhig im Ratsaal: «Die Initiative verlangt auch die Zulassung von Sterbehilfe in Geburtshäusern und psychiatrischen Kliniken. Das mutet skurril an.» Er ermahnt das Parlament: «Die parlamentarische Initiative ist die schärfste Waffe des Parlaments. Wenn man die schärfste Waffe zückt, muss man das mit Bedacht tun.» Das sei hier nicht der Fall.

Nur ein laues Lüftchen

Debatte um Windkraft im Grossen Rat: Der Schlagabtausch bleibt aus. Schon heute geltende Praxis wird auch gesetzlich verankert.

Christian Kamm

«Ich bin froh, dass heute nicht eine eigentliche Wind-Generaldebatte stattgefunden hat», sagte ein erleichteter Baudirektor Dominik Diezi nach geschlagener Redeschlacht. Wobei, eigentlich war es gar keine Schlacht. Im Gegenteil: Erst ganz am Schluss gerieten sich Grünen-Kantonsrätin Karin Bétrisey (Kesswil) und David Zimmermann (SVP, Braunaubühl) beim Thema Windkraft doch noch etwas in die Haare.

Ansonsten blieben die Emotionen weitgehend in der Schublade. Und auch die Abstimmungsverhältnisse waren klar. So überwies der Grosse Rat mit

jeweils deutlicher Mehrheit folgende Forderungen aus einer Motion mit Erstunterzeichner Josef Gemperle (Mitte, Fischingen) an die Regierung: Die Mitwirkung der Gemeinden und Grundeigentümer muss bei Windenergieprojekten geschärft werden, der Ausgleich ihrer Kosten und Lasten muss ebenso gesetzlich verankert werden wie die Beteiligung der lokalen Bevölkerung an der Wertschöpfung sowie die Verpflichtung des Betreibers zum Rückbau einer Anlage.

Zudem hatte die Regierung in ihrer Antwort versprochen, nochmals eingehend die Aufnahme von Vorgaben zu Lärm und Schattenwurf ins kantonale Recht zu prüfen.

Vertrauen schaffen – Vorurteile abbauen

Alles Hausaufgaben, welche die Kantonsregierung nicht überfordern werden. Denn bereits in ihrer Motionsantwort hatte sie mehrfach betont, dass praktisch alles, was hier gefordert werde, bereits geregelt sei. Wieso also der ganze Aufwand? Die Antwort lautet: Psychologie. Denn um die Akzeptanz von Windkraftprojekten ist es auch im Thurgau schlecht bestellt – siehe

das Beispiel Thundorf. Und es war die erklärte Absicht der Motionäre um Josef Gemperle, die Grundlagen dafür zu schaffen, «damit Windkraftanlagen im Thurgau interessant werden, und zwar für die Versorgungssicherheit und die Bevölkerung».

Deshalb ging es nun auch am Mittwoch in den befürwortenden Voten vor allem um die Verbesserung der Akzeptanz von Windkraft im Thurgau, um Transparenz und Nachvollziehbarkeit. Das sei auch wichtig, um Vorurteile in der Bevölkerung zu entkräften.

«Wir können uns den Aufwand sparen»

Kritik kam von SVP-Vertretern. «Lasst doch einfach die Bevölkerung vor Ort entscheiden», appellierte David Zimmermann. Das allein sei vertrauensstiftend. «Es darf nicht sein, dass über die Köpfe der Bevölkerung hinweg entschieden wird», betonte Ruedi Zbinden (SVP, Bussnang). Schonungslos gegenwind gab es für die Motion aber auch von einer Windkraftbefürworterin. Karin Bétrisey knapp: «Alle fünf darin enthaltenen Forderungen werden schon heute erfüllt. Wir können uns den ganzen Aufwand sparen.»

Super-GAU für Waldbesitzer

Keine Ordnungsbusse vom Förster: Die Revision der Thurgauer Waldgesetzgebung sorgt für Ärger im Grossen Rat.

Hans Suter

Franz Eugster ist konsterniert. Soeben hat der Thurgauer Grosse Rat in erster Lesung abgelehnt, die Kreisforstingenieurinnen und -ingenieure sowie Revierförsterinnen und Revierförster mit dem Erheben von Ordnungsbussen im Wald zu ermächtigen. Der Mitte-Kantonsrat aus Bischofszell ist Vorstandsmitglied von Wald Thurgau und bezeichnet den Entscheid aus Sicht der Waldbesitzer als regelrechten Super-GAU.

Die bestehende Thurgauer Waldgesetzgebung hat sich aus der Sicht des Regierungsrates «im Grundsatz bewährt». Gleichwohl sei sie in gewissen Teilen revisionsbedürftig. So hätten sich in den letzten Jahren verschiedene Herausforderungen rund um den Wald akzentuiert. Insbesondere illegale Abfallablagerungen, abgestellte Geräte und Maschinen, unbewilligte Bauten und Anlagen sowie ausufernde Freizeitaktivitäten beschäftigten den Forstdienst zunehmend.

Insbesondere Moutainbiker, die sich nicht an die Regeln halten, sorgen bei Waldbesitzern für Unmut. «Dabei zeigt sich,

dass das Instrumentarium des geltenden Rechts nicht ausreicht, um den Missständen wirksam entgegenzutreten», hält der Regierungsrat in seiner Botschaft an den Grossen Rat fest. Für die effektive Durchsetzung von Geboten und Verboten fehlten mitunter die nötigen gesetzlichen und strafrechtlichen Grundlagen. Die Lücken sollen mit einer Gesetzesrevision geschlossen werden.

Regierungsrat sieht klaren Handlungsbedarf

Doch die SVP holt gleich die grosse Axt hervor. Der Frauenfelder SVP-Kantonsrat Hermann Lei beantragt, den umstrittenen Artikel 37 des revidierten Waldgesetzes kurzerhand zu streichen. Und findet damit sogar bei der GLP An-

klang. «Fragt doch mal eure Basis, die Waldbesitzer», wettet der Bischofszeller Mitte-Kantonsrat Franz Eugster gegen den gestellten Antrag. Regierungsrat Dominik Diezi stellt klar: «Wir haben ein Vollzugsproblem.» Förster seien hoheitlich unterwegs, aber nur mit verwaltungsrechtlichen Befugnissen. «Es braucht hier Strafnormen.» Im Wald gebe es noch Lücken, «die wir jetzt schliessen». Der Grosse Rat schliesst sie trotzdem nicht. Mit 69 Ja zu 56 Nein wird der Antrag von Hermann Lei gutgeheissen.

«Die Streichung ist ein Affront gegenüber all jenen, die sich korrekt verhalten», sagt Franz Eugster. «Wenn das der liberale Zeitgeist ist, folgt als nächster Schritt die Abschaffung der Parkbussen.» Eugster fragt sich: «Kann es unserer Gesellschaft so egal sein, was Recht und Unrecht ist?» Er will weiterhin versuchen, diesen Missstand zu beheben.

Mit 68 Ja zu 55 Nein hat der Grosse Rat dem Antrag von Kantonsrat Viktor Gschwend (FDP, Neukirch-Egnach) zugestimmt, dass staatliche Forstbetriebe privatwirtschaftliche Unternehmen nicht konkurrieren dürfen.



Kantonsrat Franz Eugster, Mitte, Bischofszell. Bild: Ralph Ribi

ANZEIGE

SONJA WIESMANN
in den Regierungsrat

Eine Stimme, die gehört wird.

SP WIR ERGÄNZEN PARTIEL